

Windkraft: Noch viele Fragen offen

Neue Bürgerinitiative kritisiert Pläne für die Weper



Auf diesem Gelände vor dem Waldstück am Horizont soll der Windpark mit bis zu sechs Windrädern entstehen: Das Foto wurde vom Oberen Waldweg in Moringen aufgenommen.

Fotos: Niesen

VON HANS-PETER NIESEN

MORINGEN. In die Diskussion um die geplanten fünf bis sechs Windkraftanlagen auf der Weper bei Moringen kommt offenbar Bewegung. Moringens Ratsvorsitzender Helmut Cleve (SPD) kündigte bei der Gründungsversammlung der Bürgerinitiative (BI) gegen Windkraftanlagen auf der Weper vor rund 110 Zuhörern im Gasthaus Zur Krone an: „Wir werden uns darüber unterhalten, was wir für das Wohl der Moringener Bürger tun können.“

Im kleinen Kreis mit seinen Fraktionskollegen aus dem Stadtrat, Thomas Brauns (stellvertretender Bürgermeister), Ralf Harke und Stefan Josef, sagte Cleve nach der Sitzung, er werde einen Antrag in die Fraktion einbringen, die Entscheidung über den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor BayWa r.e. von der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung abzusetzen. Diese findet am Donnerstag, 9. Juli, ab 19 Uhr in der Stadthalle statt. „Nach diesen Infos herrscht weiterer Beratungsbedarf. Dafür brauchen wir Zeit.“

Vorausgegangen war eine Präsentation der Windkraftgegner über die Pläne. Ihrer Auffassung nach führen sie zu einer massiven Landschaftszerstörung, zu einer akuten Gefährdung der Vogelwelt und zu erheblichen Beeinträchtigungen der Einwohner. BI-Sprecherin Anke Lange: „Wir sind auch für Windkraft, aber an Standorten, die dafür geeignet sind.“

BI sieht Gefahren

Die BI, die auch durch Falk Marquardt, Uwe Utermark sowie Silke und Burkhard Carstens nach außen vertreten wird, machte unter wiederholtem Beifall deutlich, wo sie Gefährdungen sehen: Lärmbelastigungen vergleichbar mit einem laufenden Geschirrspüler, Schlag Schatten bei tief stehender Sonne über die ganze Stadt, Disco-Effekte durch die nächtliche Beleuchtung, Gefährdung durch Eiswurf und Blitzschlag, Bedrohung für geschützte Vogel, Tier- und Pflanzenarten, Gefährdung der Feuerwehr, weil die Windräder nicht gelöscht

werden können. Die Windräder seien noch 50 Meter höher als der Fernsehsender bei Espol.

Nicht beantwortet seien Fragen wie: Was passiert beim Abreißen eines Rotorblattes? Werden zusätzliche Überleitungen, Umspannwerke und Straßen benötigt? Wer bezahlt den Rückbau nach Ablauf der Betriebszeit? Wer entschädigt Eigentümer für den Wertverlust ihrer Häuser und Grundstücke von 30 bis 40 Prozent?

Diskussion mit Bürgern

In der Diskussionsrunde mit den Zuhörern wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass das Gebiet von einem Tieffluggebiet der Bundeswehr (150 Meter Flughöhe) berührt werde, dass Steuereinnahmen für die Stadt nicht fließen, weil die Einnahmen nach acht Jahren am Sitz der Firma fällig werden, dass die Grundstückseigentümer jährlich 25 000 Euro Pacht für die Zurverfügungstellung ihrer Flächen erhalten würden und dass sich nur ein Drittel der so genannten Bürgerwindräder für die Anteilseigner tatsächlich rechnen würden.

Ratsherrin Elke Krause (Grüne) verteidigte den Bau von Windrädern. Sie würden benötigt, damit der Ausstieg aus der Atomenergie gelingt.



Gut besucht: Mehr als 100 Zuhörer verfolgten die Ausführungen beim Informationsabend im Gasthaus Zur Krone.